

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstraße 2-3 * Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstraße 2 * Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7 * Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr * Anzeigenpreisliste 4 * J. v. W. g. * Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarossa 0914) zu richten

Nr. 2	Berlin, den 15. Januar 1937	18. Jahrgang

Land im Abstieg

Es ist in Deutschland vor Jahren sehr viel von der durch die Versailler Grenzziehung verursachten Wirtschaftsnot der deutschen Ostprovinzen die Rede gewesen. Dagegen hat die wirtschaftliche Entwicklung der vom Reiche losgetrennten Ostgebiete, vor allem der heutigen Wojewodschaften Posen und Pommerellen, in Deutschland eine auffällig geringe Beachtung gefunden. Hier wird durch eine wissenschaftliche Untersuchung des Leiters des Bundes Deutscher Osten, Prof. Dr. *Oberländer*, die in diesen Tagen unter dem Titel „*Die Landwirtschaft Posen-Pommerellens vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich*“ erscheint, eine Lücke geschlossen. (Volk und Reich Verlag, Berlin. 112 Seiten mit 11 graphischen Darstellungen. Preis kart. 5,— RM.) Die nachstehende Darstellung wird in der Hauptsache dieser Untersuchung folgen.

Für das wirtschaftliche Schicksal Posens und Pommerellens ist es von grundlegender Bedeutung, daß diese Provinzen *ausgesprochene Agrargebiete* sind. Nach der Zählung von 1921 sind in Posen 61,3 und in Pommerellen 66,9 v. H. der Berufstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Es kommt hinzu, daß auch der größte Teil der auf die Gruppe „Industrie“ entfallenden Berufstätigen in der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie beschäftigt ist, beruflich also auf der Landwirtschaft basiert. Das bedeutet, daß *die Landwirtschaft für Posen und Pommerellen der unbedingt ausschlaggebende Faktor der Gesamtwirtschaft* ist. Auf dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft beruht das wirtschaftliche Schicksal der genannten Gebiete schlechthin. Für die Landwirtschaft haben sich aber mit dem Uebergang Posens und Pommerellens aus dem Verbande des Deutschen Reiches an Polen alle nicht von der Natur bedingten Voraussetzungen grundlegend, und zwar durchweg zum Nachteil geändert. Die beiden Provinzen sind aus der engen Verflechtung eines überwiegenden Industriestaates herausgelöst und mit einem überwiegenden Agrarstaat zusammengekoppelt worden. Sie sind aus dem Bereiche einer *intensiven* in den einer *extensiven* Agrarwirtschaft übergegangen. Sie sind als Gebiete mit einer für den *Markt* arbeitenden Landwirtschaft einem Staate angegliedert worden, dessen Landwirtschaft noch vorwiegend in den Formen einer selbstgenügsamen *Hauswirtschaft* steckt.

In Deutschland hatte sich in den Jahrzehnten *vor dem Kriege* mit dem rasch fortschreitenden Ausbau der *Verkehrswege* eine wirtschaftliche *Arbeitsteilung* entwickelt, aus der Posen und Westpreußen in vollem Umfange Nutzen zu ziehen vermochten. Die Menschenzusammenballungen in den Großstädten und Industriezentren Deutschlands verschafften mit ihrem ständig wachsenden Nahrungsmittelbedarf den beiden Provinzen einen *gesicherten Absatz* für ihre Ackerbau-, Viehzucht- und forstwirtschaftlichen Produkte. Posen stand in Deutschland als agrarische *Ueberschußprovinz* an erster Stelle. Die *klimatischen und Bodenverschiedenheiten* Deutschlands brachten es überdies mit sich, daß sich zwischen West und Ost eine für beide Teile nützliche, *wechselseitige Ergänzung der landwirtschaftlichen Produktion* herausbilden konnte: „Die geringere Niederschlagshöhe, die durch das kontinentalere Klima bedingte längere Sonnenscheindauer und die nicht schwer zu bearbeitenden, in ihrem Verhältnis von Sand und Lehm wechselnden Böden (des Ostens) eignen sich besonders für die Erzeugung von *Kohlehydraten*, während die nieder-

schlagsreicheren, unebenen Gegenden mit oft schweren Böden in anderen Teilen Deutschlands günstiger für die Eiweißgewinnung sind." Diese durch Wirtschaftsstruktur und Natur Deutschlands gegebenen günstigen Vorbedingungen für die Entwicklung der Landwirtschaft in Posen und Pommerellen sind seit dem Uebergang dieser Gebiete an Polen nicht mehr vorhanden. Denn Polen ist selber ein ganz überwiegend agrarischer Staat, der für die Ueberschußproduktion der ehemals deutschen Gebiete nur ausnahmsweise Bedarf hat. Und die klimatischen und Bodenverhältnisse sind im ganzen Staatsgebiet im allgemeinen die gleichen wie in Posen und Pommerellen. Das bedeutet aber, daß diese Gebiete mit ihren Haupterzeugnissen, vor allem Roggen, Kartoffeln und Schweinen, auf ausländischen Märkten Absatz zu suchen gezwungen sind. Das ist ihnen durchweg, wenn überhaupt, nur unter schweren Opfern gelungen.

Als Posen und Pommerellen noch zu Deutschland gehörten, hielten sich die Preise, die sie für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse erzielten, auf lohnender Höhe. Durch entsprechende Schutzzölle blieben die Preise vor den Einwirkungen des Weltmarktes bewahrt, und durch das System der Einfuhrscheine für Getreide wurden, wo notwendig, die preisdrückenden Transportkosten nach Westen vermieden. Zu gleicher Zeit konnte die Landwirtschaft dieser Gebiete ihren Bedarf an Maschinen und Geräten, an Kunstdünger, Brennstoffen usw. auf dem deutschen Markte zu den günstigsten Bedingungen decken. Auch das hat sich mit dem Uebergang an Polen weitgehend geändert. Die niedrigen Agrarpreise Russisch-polens und Galiziens, die der dortigen extensiven Landwirtschaft entsprechen, haben das durch die intensive Wirtschaft bedingte höhere und durch die frühere Verbindung mit dem deutschen Markt gerechtfertigte Preisniveau Posens und Pommerellens nachhaltig gedrückt. Von den heftigen Schwankungen der Getreide- und Viehpreise in Polen, einer Folge der fast von Jahr zu Jahr wechselnden Marktpolitik der Regierung, wird die in starkem Maße marktverbundene Landwirtschaft der westlichen Wojewodschaften am stärksten betroffen. Das agrarische Preisniveau ist fast durchweg unter die Gestehungskosten der intensiv wirtschaftenden Betriebe gesunken. Das frühere günstige Verhältnis zwischen den Agrar- und Industriepreisen hat sich unter der Wirkung der einseitig auf die Förderung der Industrie abgestellten Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung in ein krasses Mißverhältnis verwandelt. Zur Kennzeichnung der in dieser Hinsicht eingetretenen Verschiebungen soll nur angeführt werden, daß die Posener Landwirtschaft heute für einen Pflug oder für eine Einheit Seife fast dreimal so viel an eigenen Produkten zahlen muß wie vor dem Kriege, für Zucker, Petroleum und Kohle fast viermal so viel usf. Wieder sind es die ehemals deutschen Gebiete mit ihrer intensiven, also viel Maschinen und sonstige Produktionsmittel verwendenden Landwirtschaft, die von diesem weiten Auseinanderklaffen der Preisschere unter allen Teilgebieten Polens am schwersten betroffen werden.

Auch die vorteilhafte Verbindung mit dem deutschen Kapitalmarkt ist der Landwirtschaft in Posen und Pommerellen mit dem Uebergang an Polen verloren gegangen. Vor dem Kriege hat der dortigen Landwirtschaft dank eines vielseitigen Geldvermittlungssystems reichlicher und billiger Kredit zur Verfügung gestanden. Nur dank dieses nahezu ungehemmten Kapitalzuflusses, der einer hochentwickelten industriellen Wirtschaft entströmte, ist die Landwirtschaft dieser Gebiete zu der fortgesetzten Steigerung ihrer Intensität fähig gewesen. In Polen aber ist Kapital der gegenüber Arbeit und Boden im Minimum vorhandene Produktionsfaktor. Polen hat als ein Land mit einer schwer die Wirtschaftsinitiative belastenden Kapitalarmut den höchsten Diskontsatz von allen europäischen Ländern. Es ist im Rahmen der polnischen Volkswirtschaft der Landwirtschaft in Posen und Pommerellen nicht möglich, die zur Aufrechterhaltung ihrer Intensität notwendigen Kredite in ausreichendem Maß und erst recht nicht zu Bedingungen zu erhalten, die dem niedrigen Preisstande für agrarische Erzeugnisse angepaßt sind.

Vor dem Kriege haben die wohlhabenden deutschen Westgebiete in reichem Maße Mittel für die Hebung von Kultur und Wirtschaft in den Ostprovinzen zur Verfügung gestellt. Ohne diesen ständigen Finanzausgleich, dessen Nutznießer auch Posen und Westpreußen waren, hätten diese Provinzen niemals den kulturellen und zivilisatorischen Hochstand zu erreichen vermocht, den sie zur Zeit ihres Ueberganges an Polen aufwiesen. Mit diesem Uebergang haben sie die Rolle der Nehmenden mit der Rolle der Gebenden austauschen müssen. Damals lebten sie vom Ueberschuß

des deutschen Westen. *Heute sind sie für das ganze übrige Polen die melkende Kuh.* Damals unterstützte das Reich in Posen und Westpreußen ein Gebiet, das ihm Lebensmittel und Arbeitskräfte lieferte. Heute müssen diese Wojewodschaften mit ihren Erträgen Gebiete unterstützen, die ihnen in wirtschaftlicher Struktur und Erzeugung gleichgerichtet sind und infolge ihres niedrigeren Kulturniveaus billiger zu erzeugen vermögen; d. h. *Posen und Pommerellen müssen die Konkurrenz unterstützen, von der über kurz oder lang ihre eigene Wirtschaft erdrückt werden wird.* Die Landwirtschaft der ehemals deutschen Gebiete zahlt, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, in Polen *die höchsten Steuern, die höchsten Soziallasten und die höchsten Monopolabgaben.* Viele Millionen, deren sie zur Aufrechterhaltung ihres Wirtschaftsgrades dringend bedürfte, werden ihr von der zentralen Staatsgewalt alljährlich entzogen und von dieser entweder zu unproduktiven Zwecken oder zur Stärkung von Interessen verwendet, die zu denen der westpolnischen Landwirtschaft im Widerspruch stehen.

Den Grund für den allgemeinen Aufstieg der Posener Landwirtschaft in deutscher Zeit hat *die preußische Schule* gelegt; sie hat nicht nur den Deutschen, sondern auch den Polen des Landes ein solides Wissen vermittelt. Der deutsche Landwirt, der sich den Neuerungen der Agrarkulturtechnik und -chemie aufgeschlossen erwies, ist der Wegbereiter des landwirtschaftlichen Fortschrittes in Posen und Pommerellen gewesen; und er ist es, so sehr ihm auch sein Arbeitsfeld räumlich und wirtschaftlich durch die polnische Verdrängungspolitik beschnitten worden ist, auch noch heute. Es ist nun aber offensichtlich, daß sich *der allgemeine Bildungsstand der Bevölkerung in Posen und Pommerellen seit dem Uebergang an Polen bereits heute empfindlich gesenkt hat.* Die Zahl der Volksschulen hat sich in den polnischen Westwojewodschaften von 1921/22 bis 1933/34 von 5 224 auf 4 416, d. h. um 808 Unterrichtsbetriebe vermindert. Die Schuldichte hat sich entsprechend verringert: 1921/22 ist für 785 und 1933/34 für 1 058 Einwohner je eine Volksschule vorhanden gewesen. Der Anteil der Analphabeten, der in preußischer Zeit nur einen Bruchteil eines Prozentes betrug, ist auf rund 5 v. H. gewachsen. Vor allem hat einerseits die *Zuwanderung aus den anderen Gebietsteilen Polens* und andererseits die Verdrängung von über 800 000 Deutschen das Bildungsniveau Posens und Pommerellens heruntergedrückt; 40 bis 50 v. H. der auf den dort aufgeteilten Gütern angesetzten Siedler stammen aus kulturell tieferstehenden Gebieten. Es liegt auf der Hand, daß das alles Faktoren sind, die auch den Stand der landwirtschaftlichen Kultur herabdrücken müssen. *Eine bildungsmäßig absinkende Bevölkerung ist nicht fähig, eine fortschrittliche Landwirtschaft zu betreiben.*

Es liegt auf der Hand, daß *Posen und Pommerellen* unter solchen in jeder Hinsicht ungünstigen Bedingungen *nicht in der Lage sind, ihre Landwirtschaft auf der in deutscher Zeit erreichten Höhe zu halten.* Vorläufig zehrt ihre Landwirtschaft noch von der Substanz. Aber ihre Reserven erschöpfen sich sichtlich. Die jährlichen *Neuanschaffungen* von landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Produktionsmitteln sind auf einen Bruchteil des früheren Umfanges zusammengeschmolzen. Im Wirtschaftsjahr 1932/33 hat der Verbrauch an *Kunstdünger* in den westlichen Wojewodschaften nur noch 7,69 v. H. des Vorkriegsverbrauches betragen. Die durchschnittlichen *Ernteerträge* sind von 1908/13 bis 1931/34 durchweg gesunken, und zwar in Posen für Weizen von 20,8 auf 17,6 dz je ha, für Roggen von 17,7 auf 14,5 dz je ha, für Gerste von 20,5 auf 17,4 dz je ha, für Hafer von 18,9 auf 16,8 dz je ha und für Kartoffeln von 150,9 auf 142,7 dz je ha. In Pommerellen sind die Verhältnisse nicht anders. *Im Durchschnitt haben sich die Hektarerträge bei Getreide gegenüber der Vorkriegszeit bereits jetzt um 10 bis 15 v. H. vermindert!* Auch der *Viehbestand hat sich verringert*; und zwar hat sich die Kopfzahl je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in der Wojewodschaft Posen von 1910/13 bis 1931/34 bei Rindern von 43 auf 41,7, bei Schafen von 13,7 auf 7,2 und bei Schweinen von 58,8 auf 49,3 vermindert. Bemerkenswert ist auch, daß auch *die landwirtschaftlich genutzte Fläche angefangen hat, sich zu vermindern*: In Posen und Pommerellen sind im Durchschnitt der Jahre 1931/33 etwa 100 000 ha (= 3 v. H.) weniger Land unter Kultur gewesen als im Durchschnitt der Jahre 1910/13. Diese Entwicklung wird auch durch die Tatsache gefördert, daß die Landwirtschaft ihre *Veredelungsindustrie* wegen des Fehlens eines inneren Marktes und der Ausfuhrschwierigkeiten hat einschränken müssen.

So ist die *Spirituserzeugung* der Brennereien in Posen und Pommerellen im Jahre 1932/33 gegenüber der Vorkriegszeit *auf etwa ein Sechstel zusammengeschmolzen.* So hat sich auch die *Zuckererzeugung um etwa die Hälfte vermindert.* Zwar ist ein neuer Zweig des Veredelungsgewerbes, die *Baconindustrie*, aufgebaut worden; sie hat einen Teil der infolge der Grenzziehung in Deutschland unabsetzbar gewordenen Schweineproduktion aufnehmen können; aber die Preise, die für die Erzeugnisse dieser Industrie in England, ihrem hauptsächlichsten Absatzmarkt, zu erzielen sind, sind minimal; und der Absatz ist unsicher. Auch die *Buttererzeugung* hat zugenommen, da die Viehmästung wegen des fehlenden Absatzes nicht mehr so lohnend ist wie vor dem Kriege; aber auch hier sind die Exportpreise, die durch Ausfuhrprämien künstlich hochgehalten werden müssen, gering; polnische Butter wird auf dem englischen Markte schlechter als die Butter aus irgendeinem anderen Lande bezahlt. In letzter Zeit ist die polnische Regierung dazu übergegangen, *die Veredelungsindustrie aus Posen und Pommerellen herauszuziehen und nach den Ost- und Südgebieten zu verlegen.* So verlieren die Westwojewodschaften also auch noch in zunehmendem Maße die Möglichkeit, sich durch die Veredelung die Verwertung und den Absatz ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu sichern.

Es gibt seit Versailles in keiner Hinsicht etwa Erfreuliches über die Landwirtschaft Posens und Pommerellens zu berichten. *Die Lostrennung dieser Provinzen vom Deutschen Reiche hat die günstigen Voraussetzungen, auf denen sich die dortige Landwirtschaft entwickelt hatte, in ihr Gegenteil verkehrt.* Die Landwirtschaft der ehemals deutschen Gebiete ist zu dem von vornherein aussichtlosen Versuche verurteilt, in einem Staat, dem die Voraussetzungen für eine territoriale Arbeitsteilung der Landwirtschaft fehlen, gegen eine extensiv, also billiger produzierende Konkurrenz antreten zu müssen. *Mit der alten deutsch-russischen Grenze ist der lebenswichtige Schutzwall für die Landwirtschaft dieser ehemals deutschen Provinzen gefallen.* An Posen und Pommerellen erfüllt sich mit innerer Notwendigkeit das Schicksal, das Böhmer in seinem Buche „Das Erbe der Enterbten" vorgezeichnet hat: „Die Grenze ist die Voraussetzung für ein fortgeschrittenes Volk, um sich zu *behaupten*, für ein wenig fortgeschrittenes Volk, um sich zu *entwickeln*. Werden die Grenzen zwischen einem entwickelten und einem noch nicht gut entwickelten Lande beseitigt, so wird in dem ersten Lande *der Betrieb der intensiven Landwirtschaft unmöglich.* Das noch nicht entwickelte Land wirtschaftet extensiver und deshalb mit geringeren Erzeugungskosten als das entwickelte. Es drückt daher die Preise so stark, daß *der erreichte Intensitätsgrad unrentabel* wird. Der Wegfall der Grenzen bewirkt somit in diesem fortgeschrittenen Lande *ein Herabsinken von der erreichten Höhe.*"

Dieses Schicksal hat sich an der Landwirtschaft in Posen und Pommerellen (wie übrigens sichtbarer auch an der Industrie Ostoberschlesiens) bereits zu vollziehen begonnen. *Die Landwirtschaft dieser Gebiete hat angefangen, zu extensiverer Bodennutzung überzugehen.* Sie hat begonnen, die weniger ertragreichen Böden, deren Bewirtschaftung sich unter den günstigen Voraussetzungen der deutschen Zeit lohnte, unbewirtschaftet liegen zu lassen. *Das Oedland wächst und die Erträge sinken. Das lebende Inventar verringert sich und das tote wird verbraucht, ohne erneuert werden zu können.* Die Verdrängung der Deutschen vom Grund und Boden hat intensiv bewirtschaftetes Land in großem Ausmaß in die Hand von Wirten übergehen lassen, die extensiv zu wirtschaften gewohnt sind; und diese Entwicklung dauert noch an und soll im Verfolg des Poniatowskischen Parzellierungsprogramms in noch verstärktem Maße fortgeführt werden. *Der landwirtschaftliche Boden in Posen und Pommerellen ist auf dem Wege zum schlechteren Wirt.* Bisher hat die Landwirtschaft noch von ihrer Substanz zehren können. Es ist aber eine alte Erfahrung, daß eine Entwicklung nach unten, deren bestimmende Faktoren nicht konjunkturell, sondern strukturell bedingt, nicht vorübergehend, sondern bleibend sind (und das ist in Posen und Pommerellen der Fall), — daß eine solche Entwicklung nach unten, wenn sie einmal begonnen hat, sich *in immer schnellerem Tempo* vollzieht.

Es fällt nicht schwer, sich auszumalen, was der Niedergang der Landwirtschaft für die Gesamtwirtschaft Posens und Pommerellens und damit für das soziale und kulturelle

Niveau dieser Gebiete überhaupt bedeuten muß. Die Kaufkraft der Landwirtschaft sinkt und ihre Steuerkraft nimmt ab. Das muß für die anderen Berufszweige eine Minderung ihrer Einnahmen und eine erhöhte steuerliche Belastung nach sich ziehen. Das bedeutet aber, daß sich ganz allgemein (auch in den Städten!) die Aussichten verringern, den gewohnten Lebensstandard beizubehalten, daß die öffentlichen Körperschaften früher oder später ihre Aufwendungen für Hygiene, Bildung usw. werden einschränken müssen. Es wäre vermessen, wenn man leugnen wollte, daß Posen und Pommerellen (und Ostoberschlesien!) nicht schon ein ganz beträchtliches Stück auf dieser abschüssigen Bahn zurückgelegt haben. Die Posener Polen neigen dazu, den Warschauern und Galiziern daraus einen Vorwurf zu machen. Sie hätten, wenn sie so klug gewesen wären, wie sie sich vorkommen, das alles voraussehen können. Sie haben es nicht anders gewollt. Sie haben den Trost, sich angesichts der Entwicklung, in die sie hineingeraten sind, sagen zu können: Schlecht, aber polnisch! Dr. K.

Das Deutschtum in Pommerellen

Die letzte polnische Volkszählung hat im Dezember 1931 stattgefunden. Die Bearbeitung und Veröffentlichung der Zählungsergebnisse hat bisher nur sehr langsame Fortschritte gemacht. Erst vor einiger Zeit sind die ersten ausführlicheren Zahlen über die Wojewodschaft Pommerellen veröffentlicht worden. Doch fehlen auch hier noch die Ergebnisse aus einigen Kreisen, nämlich Briesen, Karthaus, Mewe, Pr.-Stargard, Zempelburg und die Stadt Gdingen. Diese sechs Kreise haben 1926 zusammen fast 30 000 Deutsche gezählt, also etwa ein Viertel des damaligen Deutschtums der Wojewodschaft Pommerellen.

Wenn nachstehend die das Deutschtum in der Wojewodschaft Pommerellen betreffenden Zahlen der Volkszählung von 1931 wiedergegeben werden, so ist es notwendig, hierzu zwei Vorbehalte zu machen. Es ist zunächst darauf zu verweisen, daß bei der Volkszählung von 1931 nicht nach dem nationalen Bekenntnis, sondern nach der Muttersprache gefragt worden ist, die nicht in allen Fällen das nationale Bekenntnis des Betreffenden angibt, und daß bei der Erfragung der Muttersprache nicht selten ein gewisser Druck zugunsten der polnischen Sprache auf die Befragten ausgeübt worden ist. Ferner muß darauf verwiesen werden, daß die vorliegenden Zahlen durch die Entwicklung der inzwischen vergangenen fünf Jahre zum guten Teil schon überholt sind. Im folgenden sind die Zahlen der deutschen Volkszählung von 1910, der privaten deutschen Zählung von 1926 und der polnischen Volkszählungen von 1921 und 1931, soweit sie für 1931 schon vorliegen, aufgeführt worden. Bei den Zählungen von 1910 und 1931 wurde nach der Muttersprache, bei denen von 1921 und 1926 nach der Nationalität gefragt. Die letzte Spalte gibt die Gesamtbevölkerung an.

	Deutsche				Gesamtbevölkerung
	1910	1921	1926	1931	1931
Berent	20 804	9 290	6 884	5 978	51 716
Culm	23 345	12 827	7 905	7 930	52 765
Dirschau	22 553	6 367	4 639	4 359	66 399
Graudenz-Stadt	34 194	6 942	3 542	3 608	54 014
Graudenz-Land	28 698	14 459	9 317	7 760	42 801
Konitz	30 326	13 129	9 022	7 631	76 935
Löbau	12 122	4 478	2 078	1 612	53 621
Seekreis (Neustadt-Putzig)	24 528	7 857	6 556	5 213	85 295
Schwetz	42 233	20 178	14 538	13 422	87 998
Soldau	9 210	8 187	7 312	2 862	42 716
Strasburg	21 097	9 599	5 467	5 100	56 287
Thorn-Stadt	30 509	4 923	2 255	2 450	53 993
Thorn-Land	27 757	11 252	7 107	7 124	60 214
Tuchel	11 268	5 660	3 170	3 151	41 249

In den Kreisen, für die bereits die entsprechenden Zahlen vorliegen, hat das Deutschtum von 1910 bis 1931 über drei Viertel seines Bestan-

des verloren. Gegenüber 1921 hat es etwa 40 v. H. eingebüßt; und auch seit 1926 hat es sich noch um einige Bomhundertteile verringert. In den Kreisen Culm, Graudenz-Stadt, Thorn-Stadt und Thorn-Land, ferner in den Kreisen Dirschau und Tuchel hat es sich etwa auf der Höhe von 1926 behauptet. Stärker hat es in den Kreisen Berent, Graudenz-Land, Konitz, Löbau und im Seekreis verloren. Auffällig hoch ist der Verlust im Kreise Soldau gewesen, ein Verlust, der sich wohl in der Hauptsache daraus erklärt, daß die dort wohnende masurische Bevölkerung im Jahre 1931 auf Grund ihres besonderen Dialektes der „polnischen Muttersprache“ zugezählt worden ist, während sie sich in den Jahren 1921 und 1926, in denen nach der Nationalität gefragt wurde, als dem Deutschtum zugehörig in die Zähllisten eintragen konnte. Die Zahl der Evangelischen deckt sich mit derjenigen der Deutschen nicht ganz. Zumeist ist die Zahl der Evangelischen größer als die der Deutschen. Besonders weit klaffen die Konfessions- und Muttersprachenzahlen in den Kreisen Soldau einerseits und Konitz andererseits auseinander. Im Kreise Soldau sitzen die evangelischen Masuren, und in der Koschneiderei im Kreise Konitz gibt es eine starke Gruppe katholischer Deutscher.

Aus den vorliegenden Angaben lassen sich keine besonderen Einzelheiten über die Gliederung des pommerellischen Deutschtums entnehmen. Nur über die Gliederung nach Stadt und Land und nach den Geschlechtern sind Zahlen vorhanden. Es hat im Jahre 1931 gegeben (in Klammern die Bomhundertsätze der deutschen an der Gesamtbevölkerung der Städte bezw. der Landgemeinden):

Kreis	Stadt	Land	Männer	Frauen
Berent	828 (7,7)	5 150 (12,6)	2 822	3 156
Culm	655 (5,3)	7 275 (18,1)	3 692	4 238
Dirschau-Land	328 (4,2)	1 910 (5,2)	1 053	1 185
Dirschau-Stadt	2 121 (9,4)	—	906	1 215
Graudenz-Land	596 (13,4)	7 164 (18,7)	3 673	4 087
Graudenz-Stadt	3 608 (6,7)	—	1 410	2 198
Konitz	2 035 (9,3)	5 596 (10,2)	3 410	4 221
Löbau	237 (2,4)	1 375 (3,2)	730	882
Schwetz	1 353 (10,2)	12 069 (16,1)	6 298	7 124
Seekreis (Neustadt-Putzig)	1 419 (8,7)	3 794 (5,5)	2 383	2 830
Soldau	609 (6,7)	2 253 (6,7)	1 351	1 511
Strasburg	447 (4,0)	4 653 (10,3	2 382	2 718
Thorn-Land	491 (3,0)	6 633 (15,0)	3 334	3 790
Thorn-Stadt	2 450 (4,5)	—	1 003	1 447
Tuchel	280 (5,2)	2 871 (8,0)	1 448	1 703

Danach tritt das Deutschtum in den Städten, in denen es früher fast durchweg eine qualifizierte Mehrheit bildete, heute völlig zurück. Sein Anteil an der Stadtbevölkerung hat im Jahre 1931 betragen in Thorn 4,5 v.H., in Graudenz 6,7 v.H., in Tuchel 5,2 v.H., in Culm 5,3 v.H. und in Dirschau 9,4 v.H. Auf dem Lande hat es sich verhältnismäßig besser behauptet. Dort hat es im Jahre 1931 in den Kreisen, zu denen die Weichselniederung gehört, in den Landkreisen Thorn, Graudenz, Schwetz und Culm, noch Anteile von 15,0 bis 18,7 v.H. erreicht. Nur ein Fünftel des Deutschtums des untersuchten Gebietes wohnt in den Städten; und von diesem Fünftel entfällt fast die Hälfte auf die drei Städte Dirschau, Graudenz und Thorn.

Einen Einblick in die biologische Gliederung des pommerellischen Deutschtums gewähren die Angaben über das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter. Auf 100 Männer der deutschsprechenden Bevölkerung entfallen 117 Frauen. In einigen Kreisen steigt der Frauenüberschuß weit über diesen Durchschnitt: er beträgt im Kreise Konitz 124 v.H., in Dirschau-Stadt 134 v.H., in Thorn-Stadt 144 v.H. und in Graudenz-Stadt sogar 156 v.H. Anders als das polnische Element weist das Deutschtum Pommerellens also einen seine nationale Reinerhaltung gefährdenden Ueberschuß an Frauen auf.

Die bisher veröffentlichten Ergebnisse der Volkszählung von 1931 sind zu oberflächlich, um sich mit ihrer Hilfe ein Bild vom biologischen und sozialen Aufbau des deutschen Elementes machen zu können. Aber selbst wenn die entsprechenden Zahlen schon vorlägen,

könnte man aus ihnen kaum einen Einblick in die Entwicklungsaussichten des Deutschtums gewinnen. Denn das Deutschtum Pommerellens (wie auch der anderen Teile Polens) lebt unter anormalen politischen Verhältnissen; es ist fortgesetzten gewaltsamen Eingriffe in seine wirtschaftliche und kulturelle Existenz ausgesetzt, die seine natürliche Entfaltung unterdrücken.

Innerpolitische Flurbereinigung in Danzig

Mit unverminderter Stärke hat im vergangenen Jahre der volks-, wirtschafts- und machtpolitische Druck Polens auf Danzig gelastet. Die im Gebiete der Freien Stadt lebenden Polen entfalten, gestützt auf die diplomatische Vertretung ihres Heimatstaates und begünstigt durch die weitgehenden Rechte, die sie genießen, eine vielseitige und ungehemmte Aktivität; ihre Schulen werden von über 4 000 Kindern besucht. Die Vorrangstellung des polnischen Hafens in Gdingen ist zu Lasten des Danziger Hafens weiter ausgebaut worden; in den ersten drei Vierteln des vergangenen Jahres sind nach den Angaben des Warschauer Statistischen Hauptamtes mengenmäßig nur noch 40,8 v. H. und wertmäßig sogar nur noch 28,0 v. H. des seewärtigen Gesamtaußenhandels Polens über den Danziger Hafen gegangen; auch im Binnenwasserverkehr ist Danzig von Gdingen weiter zurückgedrängt worden. Die Zahl der Arbeitslosen hat im Gebiet der Freien Stadt zu Ende vergangenen Jahres 14 671 betragen; es beleuchtet die günstige Lage der dortigen Polen, daß es sich bei diesen Arbeitslosen fast ausschließlich um deutsche Volksangehörige handelt, während es unter den polnischen Volksangehörigen nahezu keine Arbeitslosen mehr gibt. Die feindselige Einstellung der polnischen Oeffentlichkeit gegenüber Danzig ist im Laufe des vergangenen Jahres in scharfen Angriffen, die sich mehrfach, vor allem in den Monaten Juni, Juli und November, zu großangelegten Hetzaktionen gesteigert haben, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen.

Trotz oder gerade wegen dieser für die Freie Stadt schwierigen und unerfreulichen Erscheinungen hat während des vergangenen Jahres in Danzig eine gewisse innerpolitische Flurbereinigung erzielt werden können. Das Jahr hat im Zeichen des Kampfes um die innerpolitische Handlungsfreiheit der nationalsozialistischen Regierung gestanden. Dabei ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Danziger Senat und dem Völkerbund gekommen. Sie haben im Januar d. J. mit dem Versuche Lesters, sich von Genf mit erweiterten Vollmachten gegen die Danziger Regierung ausstatten zu lassen, und im Juli mit der Feststellung des Senatspräsidenten Greiser, im Interesse der Sicherheit und Ordnung alle Einmischungsversuche der Genfer Instanzen in die innerpolitischen Angelegenheiten der Freien Stadt ablehnen zu müssen, ihre dramatischen Höhepunkte erreicht. Sie haben vorerst mit der Abberufung Lesters, der seine Stellung als Völkerbundskommissar zur Förderung der staatsfeindlichen Elemente mißbraucht hatte, und der Beauftragung der polnischen Regierung mit der Klärung der durch die Haltung des Danziger Senates geschaffenen Lage geendet.

Es kann festgestellt werden, daß sich die nationalsozialistische Regierung gegen die Umtriebe der oppositionellen Parteifunktionäre durchgesetzt hat. Deren Hoffnung, die deutschfeindliche Atmosphäre Genfs zur Wiederherstellung ihrer verlorenen innerpolitischen Position ausnutzen zu können, ist an der klaren und festen Haltung des Senats gescheitert. Ebenso hat ihr Versuch, durch terroristische Aktionen, in deren Verlauf mehrere Nationalsozialisten ermordet wurden, die Intervention einer fremden Macht zu provozieren, nicht zu dem erwarteten Ergebnis geführt. Die sogenannte Deutschnationale Partei ist in der Auflösung begriffen. Die sozialdemokratische Partei ist mit ihren Nebenorganisationen am 14. Oktober aufgelöst worden. Der bolschewistischen Zersetzungsarbeit hat durch die Aushebung einer kommunistischen Geheimorganisation am 9. Dezember ein empfindlicher Schlag versetzt werden können. Wegen krimineller Vergehen und landesverräterischer Umtriebe haben mehrere Volkstagsabgeordnete der oppositionellen Parteien den Gerichten überstellt und hat den Presseorganen dieser Parteien durch langfristige Verbote das Handwerk gelegt werden müssen. Dank der fortschreitenden Zersetzung und Ausschaltung dieser Elemente hat sich die nationalsozialistische Bewegung in Danzig im Laufe des vergangenen Jahres nicht nur den

Bevormundungs- und Einmischungsversuchen staats- und volksfremder Kräfte erfolgreich zu widersetzen, sondern sich auch stärker als je im Staate zu verankern vermocht.

Es wird jedoch auch in Zukunft nicht an Versuchen fehlen, den Weg der nationalsozialistischen Bewegung in Danzig durch Gegenaktionen zu kreuzen. Es wird auch weiterhin Bestrebungen geben, aus den Trümmern der oppositionellen Parteien so etwas wie eine „antifaschistische Einheitsfront" zu formieren. Und es wird immer wieder das Bestreben der deutschfeindlichen Kreise sein, die in Genf versammelten Mächte gegen die nationalsozialistische Staatsführung der Freien Stadt aufzuhetzen. Einen neuen Vorstoß hat Hermann Rauschning gemacht, derselbe, den eine fortschreitende völkische Rückgratsverkrümmung vor zwei Jahren zwang, auf sein Amt als Danziger Senatspräsident zu verzichten. Er hat am 31. Dezember v. J. in der von dem klerikalen Exsenator Dr. Pant herausgegebenen Wochenschrift „Der Deutsche in Polen" einen Artikel veröffentlicht, der den Verdacht aufkommen läßt, daß sein Verfasser sich mit polnischer Hilfe wieder in das politische Leben Danzigs einzuschalten gedenkt. Er hat in diesem Artikel den (bereits in polnischen Kreisen erwogenen) Gedanken vertreten, den innerpolitischen Kampf gegen die nationalsozialistische Regierung nicht den kraftlos gewordenen oppositionellen Parteien zu überlassen, sondern eine Partei ins Leben zu rufen, die ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit (!) diejenigen deutschen und polnischen Elemente in Danzig vereinen soll, die gegen die NSDAP. und ihre Staatsführung eingestellt sind. Es versteht sich von selbst, daß eine solche Partei, der der Verfasser des erwähnten Artikels einen starken Zulauf voraussagen zu dürfen glaubt, ein willenloses Werkzeug in der Hand der polnischen Politik darstellen würde. Sie würde das immer vorhanden gewesene polnische Bestreben, die innerpolitische Führung der Freien Stadt in die Hand zu bekommen, sichtbar dokumentieren. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß Hermann Rauschning, der sich in Polen aufhält, einen solchen Vorstoß, der ihn zum Renegaten stempelt, nicht ohne eine gewisse Rückversicherung bei bestimmten, an einer völkischen Vermanschung Danzigs interessierten Kreisen gewagt hat. Auch liegt die Vermutung nicht fern, daß diese Aktion in irgendeinem Zusammenhang mit dem Auftrage steht, der der polnischen Regierung vom Völkerbund erteilt worden ist.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres haben die Elemente, die innerhalb und außerhalb der Danziger Grenzen auf einen Sturz der nationalsozialistischen Regierung hingearbeitet haben, noch in dem Glauben gelebt, diese Regierung durch die Unterstützung der deutschen Oppositionsparteien zu Fall bringen zu können. Die Entwicklung, die die Danziger Innenpolitik in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres genommen hat, hat aber diese Elemente offenbar davon überzeugt, daß mit den marxistischen, klerikalen und bürgerlichen Parteitrümmern keine wirksame Aktion gegen das nationalsozialistische Danzig mehr inszeniert werden kann. Die Möglichkeit, die wehleidigen Klagen unzufriedener Leute als Vorwand zur Einmischung in innerdanziger Angelegenheiten zu nutzen, ist also im Schwinden. Dadurch werden die außerdanziger Kreise, die von dieser Einmischungspolitik auch in Zukunft nicht ablassen wollen, zu einer größeren, ihnen sicherlich nicht angenehmen Offenheit des Handelns gezwungen. Welchen Weg die polnische Regierung in dieser Frage zu gehen gedenkt, das wird sich vermutlich aus der Art ablesen lassen, in der sie sich ihres Völkerbundsauftrages entledigt. Das eine steht fest: daß jeder volksfremde Einmischungsversuch von der nationalsozialistischen Regierung der Freien Stadt Danzig auch in Zukunft mit kompromißloser Entschiedenheit abgelehnt werden wird.

Auf dem Wege zur „Volksfront"

Die Bemühungen des Obersten Koc um die Bildung eines neuen polnischen Regierungslagers sind fast schon eine Legende geworden. Es scheint in Polen nicht mehr allzu viele Leute zu geben, die diese Bemühungen noch für besonders aussichtsreich halten. Das innerpolitische Schwergewicht, das sich mit dem stärkeren Hervortreten des Marschalls Rydz-Smigly auf der politischen Bühne den der Regierung nahestehenden Kreisen zuzuneigen versprach, ist deren Händen, die vergeblich nach einer passenden Parole und nach einer einigenden Organisationsform zu greifen versuchen, wieder entglitten. Die Oppositionsgruppen sind wieder stärker in Erscheinung getreten.

Und es ist einer der klügsten und geistig unabhängigsten polnischen Journalisten, der bekannte Chefredakteur des Wilnaer „Slowo", Mackiewicz, gewesen, der vor kurzem die Meinung geäußert hat, daß das Schicksal Polens davon abhängen werde, welches der beiden oppositionellen Lager, das der Nationalisten oder das der Volksfrontanhänger, sich eher zusammenfinden und festigen werde. Hier ist einmal sehr klar und offen das ausgedrückt worden, was man in den amtlichen Kreisen nicht glauben oder zum mindesten doch nicht zugeben will, daß nämlich Polen früher oder später doch einmal gezwungen sein wird, auf die Frage, ob es rechts oder links gehen will (oder schroffer gesagt: ob es sich für eine Zusammenarbeit mit Deutschland oder mit der Sowjetunion zu entscheiden gedenkt), eine klare und kompromißlose Antwort zu geben. Es ist das sichtliche Bestreben der Regierung, sich dieser entscheidungsvollen Antwort nach Möglichkeit zu entziehen, und zwar in den außenpolitischen ebenso wie in den innerpolitischen Fragen.

Das alte Sanierungslager, das einstmals der Politik Pilsudskis als organisatorische Plattform gedient hat, ist wohl für alle Zeiten erledigt. Seine Abgrenzungen gegen die oppositionellen Gruppen rechts und links haben sich zusehends verwischt. Dagegen sind die Spannungen zwischen den Konservativen, die den rechten, und den „Verbesserern", die den linken Flügel des alten Regierungsblockes bilden, fühlbarer geworden. Wenn sich dieser Zersetzungsprozeß im Regierungslager noch nicht bis zu einem Zusammengehen des rechten Flügels mit den Nationaldemokraten und des linken Flügels mit den Volksfrontanhängern ausgewirkt hat, so deshalb, weil erstens die Armee und damit die tatsächliche Macht hinter dem eigentlichen Kern des alten Regierungslagers steht, der sich um den Marschall Rydz-Smigly kristallisiert hat, und weil zweitens die Furcht vor dem Unbekannten, das dann eintreten würde, sehr viele vor dem entscheidenden Schritte zurückschrecken läßt.

Aber es fehlt nicht an Kräften, die trotzdem zur Entscheidung drängen. Sie sind in letzter Zeit weniger auf der rechten (nationaldemokratischen) als auf der linken (sozialistischen) Seite zu suchen. Der Volksfrontgedanke, der nach den großen Streiks und den blutigen Unruhen des vergangenen Jahres erledigt zu sein schien, hat in Polen wieder an Boden gewonnen. Seine Anhänger entfalten sowohl in der bäuerlichen Volkspartei wie in den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Gruppen, sowohl in den Reihen der „Verbesserer" wie unter den Ukrainern und Weißrussen eine bemerkenswerte und erfolgreiche Aktivität. Die polnische Regierung hat in letzter Zeit ihre Politik gegenüber den Weißrussen um 180 Grad herumwerfen müssen, um der kommunistischen Bewegung, die die Dörfer Nordostpolens erfaßt hat, entgegenarbeiten zu können. Kürzlich ist festgestellt worden, daß von den 34 Mitgliedern der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Lodz 13 der verbotenen Kommunistischen Partei angehören. Für die verstärkte Agitation der Volksfrontanhänger ist die Tatsache bezeichnend, daß seit kurzem einige neue Linksblätter, wie der „Dziennik Popularny" und der „Dziennik Poranny" in Warschau, erscheinen. Schwerer als die Wirksamkeit dieser Blätter fällt ins Gewicht, daß den Wegbereitern der roten Revolte von Seiten mancher regierungstreuer Organisationen und Zeitungen, wie etwa dem Verband der polnischen Lehrer und dem halbamtlichen „Kurjer Poranny", eine geradezu wohlwollende Unterstützung zuteil wird. Und was die „Verbesserer" anlangt, so ist es bei vielen von ihnen zum mindesten fraglich, ob sie ihren Kurs deshalb so scharf links zu steuern beschlossen haben, weil sie dadurch die umstürzlerischen Ideen zu fördern oder ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen gedenken. Der von der Regierung gemachte Versuch, den fortschreitenden Radikalisierungsprozeß unter den bäuerlichen Massen zu stoppen, ist in der Hauptsache mißglückt. Die Lage im nationalistischen Lager ist in letzter Zeit ziemlich zerfahren. Und der gärende Zustand, in dem sich die akademische Jugend Polens befindet, ist schwerlich als ein wirksames Element des Widerstandes gegen die Bewegung nach links, wenn diese einmal ins Rollen kommen sollte, zu werten. Man kann es heute als ziemlich sicher bezeichnen, daß zum mindesten jenes „andere Polen" östlich der Weichsel, das sich in seiner sozialen und nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur von dem „europäischen Polen" westlich der Weichsel sehr scharf unterscheidet, mit der weit überwiegenden Mehrheit seiner Bevölkerung politisch ganz entschieden nach links abgerutscht ist, — soweit es nicht nationalukrainisch orientiert ist.

Es ist für die Regierung in Polen keine leichte Aufgabe, ihren Kurs durch dieses von Untiefen und Stromschnellen heimgesuchte politische Gewässer zu steuern; sie kann es nicht einmal wagen, ihren Kurs durch Loten zu sichern. Die Lodzer Wahlen vom Herbst v. J., aus denen der Regierungsblock restlos geschlagen hervorging, lassen einen solchen Versuch als wenig ratsam erscheinen. Es ist durchaus verständlich, wenn die Regierung die in einigen westpolnischen Städten fälligen Kommunalwahlen vorerst vertagt hat, und wenn sie erst recht eine unüberwindliche Scheu vor der Durchführung allgemeiner Wahlen empfindet. Denn solche Wahlen würden die inneren Spannungen sichtbarer machen und damit verschärfen; und sie könnten, wie sie auch ausfallen mögen, zu jener grundsätzlichen Entscheidung zwingen, deren Vermeidung die Regierung zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Unabhängigkeit Polens noch für notwendig hält.

Schulkampf in Hultschin 1935/36

Als am 4. Februar 1920 das Hultschiner Ländchen ohne Volksabstimmung gegen den klar zum Ausdruck gebrachten Willen seiner Bevölkerung dem tschecho-slowakischen Staate einverleibt wurde, hofften die Hultschiner noch, daß die Tschecho-Slowakei gemäß ihren Versprechungen den mit den Ententemächten abgeschlossenen Minderheitenschutzvertrag vom 10. September 1919 einhalten werde. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Die tschechische Regierung stellte sich kurzerhand auf den Standpunkt, daß die Bevölkerung des Hultschiner Ländchen „slawischer Abstammung" sei und daher tschechisiert werden müßte. Sämtliche deutschen Schulen (mit Ausnahme der beiden deutschen Schulen in Zauditz und Thröm) wurden geschlossen, obwohl die Gemeinden durch schriftliche Eingaben und durch Abordnungen die Beibehaltung der deutschen Schulen oder doch wenigstens die Gewährung einer Möglichkeit zur Erlernung der deutschen Sprache verlangten. Durch Verordnung vom 4. Mai 1920 wurden die bis dahin im Hultschiner Ländchen gültigen Vorschriften des Reichsvolksschulgesetzes über die Errichtung von Privatschulen beseitigt. Den Troppauer deutschen Schulen, in die die Hultschiner nunmehr ihre Kinder schickten, wurden bei der Aufnahme und Einschulung dieser Kinder die größten Schwierigkeiten bereitet.

Zwar wurden die Behinderung der Aufnahme Hultschiner Kinder in den Troppauer Schulen, die Unterdrückung des deutschen Privatunterrichts im Hultschiner Gebiet und die Bestrafung der Eltern, die ihren Kindern deutschen Privatunterricht erteilen ließen, durch mehrere Erkenntnisse des Obersten Verwaltungsgerichts (vom 18. Januar 1923, vom 19. Dezember 1925, vom 20. April 1927, vom 27. Oktober 1927 und vom 31. Januar 1928) als ungesetzlich bezeichnet. Aber trotz dieser Zurechtweisungen setzten die tschechischen Behörden nach den Maiwahlen 1935 die rücksichtslose Unterdrückung der Reste des deutschen Schulwesens fort. Am 19. Mai 1935 legten die Hultschiner bei den Parlamentswahlen ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Deutschtum ab. Auf die deutschen Parteien ihres Gebietes entfielen weit über 80 v. H. aller abgegebenen Stimmen, und von diesen allein 90 v. H. auf die Sudetendeutsche Partei. Sofort begann eine maßlose Hetze. So wurde in einer Artikelserie des Ostrauer „Ceske Slovo" die Einleitung eines verschärften Tschechisierungskurses im Hultschiner Ländchen gefordert; die Abgeordneten Uhlir und Tichy verlangten in einer Interpellation die strengste Untersuchung der „staatsfeindlichen Tätigkeit" der Sudetendeutschen Partei in Hultschin; und zu gleicher Zeit verlangten die tschechischen Nationalkörperschaften im schlesischen Gebiet in einer an die Prager Regierung gerichteten Denkschrift die Aufhebung und Unmöglichmachung des deutschen Privatunterrichtes in jeder Form und die Verhinderung des Besuches deutscher Schulen in Troppau, Ostrau und Oderberg durch Hultschiner Kinder.

Der Erfolg dieser Vorstöße blieb auch nicht aus. Bereits am 15. Juli 1935 richtete das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur einen Erlaß an das Präsidium des Landesamtes in Brünn, in dem schärfstes Vorgehen gegen den deutschen Privatunterricht im Hultschiner Ländchen verlangt wurde. Am 12. August 1935 verfügte der Landesschulrat in Brünn, daß in der Stadt Troppau von den 40 bestehenden deutschen Volksschulklassen 10 Klassen und von den 18 deutschen Bürgerschulklassen 2 Klassen aufgelöst werden müßten. Dadurch trat der abnorme Zustand ein, daß die 23 v. H. tschechische Minderheit in Troppau über

eben soviel Schulklassen verfügte, wie die 77 v. H. deutsche Mehrheit. Diese harte Maßnahme richtete sich gegen den Besuch der Troppauer Schulen durch die Hultschiner Kinder, deren Zahl im Schuljahr 1934/35: 660 (382 in den Volks- und 278 in den Bürgerschulen) betragen hatte. Die Bekanntgabe dieses Drosselungserlasses rief im ganzen Gebiete die größte Bestürzung und Erregung hervor. Die persönlichen Vorstellungen der Troppauer Delegation in Brünn und Prag waren vergeblich. Die vom Troppauer Ortsschulrat am 22. August 1935 an das Präsidium des Landesschulrates in Brünn gerichtete Beschwerde wurden abschlägig beschieden. Die tschechischen Behörden setzten sich über die geltenden Rechtsbestimmungen einfach hinweg: Der Artikel 128 der Verfassungsurkunde vom 29. Februar 1920 statuiert die Rechtsgleichheit aller Bürger der tschecho-slowakischen Republik vor dem Gesetz „ohne Unterschied der Rasse, Sprache, oder Religion". Außerdem gilt auf Grund der schlesischen Landesgesetze in Schlesien das sogenannte Elternrecht, welches besagt, daß die Wahl der Schule einzig und allein den Eltern zusteht. Schließlich hatte auch das Oberste Verwaltungsgericht in seinen bereits erwähnten Entscheidungen die Rechtmäßigkeit des deutschen Privatunterrichtes und des Besuches der Troppauer deutschen Schulen durch ihre Hultschiner Kinder bestätigt. Aber auf alle diese rechtlichen Grundlagen wurde von den tschechischen Behörden keinerlei Rücksicht genommen. Am 2. September 1935, dem Beginn des neuen Schuljahres, spielten sich vor den Troppauer deutschen Schulen, deren Tore den Kindern aus dem Hultschiner Ländchen versperrt worden waren, erschütternde Szenen ab. Mütter und Kinder weinten, als sie vom Ortsschulrat erfuhren, daß ihre Kinder nicht mehr in die deutschen Schulen aufgenommen werden durften.

Bald setzte der tschechische Generalangriff auf den deutschen Privatunterricht im Hultschiner Ländchen ein. Am 31. August 1935 wurden die Hultschiner Gemeindeämter von der Bezirksbehörde angewiesen, daß die Eltern um die Bewilligung des deutschen Privatunterrichts „anzusuchen" hätten. Auch diese Anweisung stand im Widerspruch zum geltenden Recht: Bis dahin hatte es unter Bezugnahme auf § 23 des Reichsvolksschulgesetzes und auf die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes genügt, wenn der Bezirksbehörde von den Eltern mitgeteilt wurde, welche Kinder deutschen Privatunterricht erhielten. Nach § 204 der Schul- und Unterrichtsordnung vom 29. September 1905 waren die Eltern oder deren Stellvertreter berechtigt, ihre im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder zu Hause unterrichten zu lassen und aus diesem Grunde die Befreiung der Kinder vom Besuche der öffentlichen Volksschule zu „verlangen". Entgegen einer 30jährigen Praxis ging nun die tschechische Bezirksbehörde dazu über, den Begriff „verlangen" in der Weise auszulegen, daß ein besonderer Antrag auf Befreiung der Kinder vom Besuch der öffentlichen Volksschule gestellt werden müßte. Mit Hilfe dieser neuen Interpretation behielt sich die Behörde nun also das Recht vor, die Gesuche der Eltern ganz nach Belieben zu genehmigen oder abzulehnen. Die Ablehnung begründete sie stets damit, daß die Eltern nicht deutscher, sondern „mährischer Nationalität" seien.

Wie die Erteilung deutschen Privatunterrichtes und der Besuch der deutschen Schulen in Troppau, so wird auch die Errichtung deutscher öffentlicher oder privater Schulen im Hultschiner Gebiet von den tschechischen Behörden systematisch verhindert. So ist z. B. der von der Gemeinde Deutsch-Krawarn am 4. September 1935 angenommene Antrag auf Errichtung einer öffentlichen deutschen Gemeindeschule bezw. einer deutschen Privatschule vom Landespräsidenten in Brünn abgelehnt worden. Das ist geschehen, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung von deutschen Schulen im Hultschiner Ländchen durchaus bestehen. Denn in den Gemeinden Hultschin, Deutsch-Krawarn, Beneschau, Bolatitz, Schepankowitz, Köberwitz, Rohow, Kuchelna, Oderſch, Klein-Hoschütz und Groß-Hoschütz gibt es zahlreiche Familien, die ihre Kinder nicht nur im deutschen Geiste, sondern auch ausschließlich in deutscher Sprache erziehen. Selbst das letzte amtliche Volkszählungsergebnis von 1930 hat das Vorhandensein zahlreicher solcher Familien zugeben müssen, obwohl die Bevölkerung bei der Zählung nicht die Möglichkeit erhalten hatte, ihr nationales Bekenntnis durch eigenhändige Unterschrift zu bekräftigen, die Zählung vielmehr ausschließlich von behördlich bestellten Zählkommissaren vorgenommen worden war. Trotz dieser Zählungsmethoden hat das amtliche Volkszählungsergebnis beispielsweise in der Stadt Hultschin das Vorhandensein von weit über 500 und in der Gemeinde Deutsch-Krawarn von weit über

300 Bewohnern feststellen müssen, die nicht nur dem subjektiven Bekenntnis nach, sondern auch auf Grund der von den Tschechen als maßgebend angenommenen „objektiven Merkmale" deutscher Volkszugehörigkeit sind. Aber nicht einmal diesen wird von den tschechischen Behörden das Recht zugestanden, ihre Kinder in deutschen Privatschulen unterrichten zu lassen!

Die Hultschiner Eltern wurden durch Verfügung der Bezirksschulausschüsse in Hultschin und Troppau vom 4. September 1935 gezwungen, das „Verlangen" nach Befreiung ihrer Kinder vom Besuche der öffentlichen tschechischen Volksschule zu stellen und entsprechende, mit 5 Kc. gestempelte Gesuche einzureichen. War das geschehen, so wurden sie vor die Bezirksbehörden in Hultschin und Troppau geladen und dort stundenlang über die Entlohnung und Ausbildung der Privatschullehrer, über die tägliche Unterrichtszeit u. a. m. verhört. Daraufhin wurde ihnen eröffnet, daß sie mit 200 Kc. oder 14 Tagen Arrest bestraft seien, weil sie ihre Kinder nicht in eine öffentliche (tschechische) Schule eingeschult hätten, und schließlich wurden sie aufgefordert, ihre Kinder binnen 24 Stunden in eine öffentliche (tschechische) Schule zu schicken, widrigenfalls sie eine noch höhere Strafe zu gewärtigen hätten. Es spielten sich bei diesen Vernehmungen stürmische Auftritte ab. Einer der Antragsteller aus Odersch wurde bei der Vernehmung geohrfeigt! Auch wurde mit der Entziehung der Pässe, Konzessionen und Renten gedroht. Aber die Hultschiner Eltern bewahrten eine entschiedene und aufrechte Haltung. Sie wiesen auf die Ungesetzlichkeit des behördlichen Vorgehens hin, brachten gegen die Bestrafung Rekurse ein, und weigerten sich weiter, ihre Kinder in die tschechischen Schulen zu schicken. Das Recht wurde ihnen weiter verweigert: Anfang Oktober 1935 wurde von den Bezirksschulausschüssen dahin entschieden, daß alle Anträge auf Erteilung von Privatunterricht mit dem Hinweis darauf, daß sie erst nach dem Ablauf der durch das Gesetz vorgesehenen Frist eingelaufen seien, abgelehnt wurden. Aber die Eltern hielten unentwegt an ihrem Recht auf Privatunterricht fest. Im November 1935 mußten unter dem Druck der tschechischen Behörden etwa 100 Hultschiner Mädchen die private Klosterschule in Troppau verlassen. Damit stieg die Zahl der von den zwangsweisen Ausschulungen aus den Troppauer deutschen Schulen betroffenen Hultschiner Kinder auf über 700; und die Zahl der Kinder, die deutschen Privatunterricht erhielten, da ihre Eltern sie auf keinen Fall in die tschechischen Unterrichtsbetriebe einschulen wollten, stieg auf mehr als 1 200. Der Kampf der Behörden gegen das deutsche Unterrichtswesen ging weiter. Nach den deutschen Eltern wurden auch die deutschen Privatlehrer vor die Behörden geladen und dort in übler Weise behandelt. Sie wurden wegen Erteilung deutschen Privatunterrichtes mit 200 Kc. bestraft. Ihr Einspruch dagegen hatte die Verhängung einer siebentägigen Haftstrafe zur Folge. Diese Strafe wurde von der Bezirksbehörde am 11. Dezember 1935 gegen 14 Lehrer bestätigt.

Die Haltung der Hultschiner Eltern in diesem aufreibenden Kampf um die deutsche Erziehung ihrer Kinder war würdig und standhaft: Von den 1 200 Kindern sind unter dem Druck der Behörden nicht mehr als 10 bis 12 Kinder aus dem deutschen Privatunterricht herausgenommen und den öffentlichen tschechischen Schulen zugeführt worden. Anfang 1936 liefen etwa 2 000 Rekurse! Ende Januar 1936 gab die tschechische Presse bekannt, das Unterrichtsministerium habe in dritter Instanz die Ansuchen der Eltern um Bewilligung des deutschen Privatunterrichts abgelehnt und gleichzeitig die Entscheidung des Troppauer Bezirksschulausschusses genehmigt, nach der der Privatunterricht in den Gemeinden des Hultschiner Bezirks in vollem Umfange untersagt werden solle. Die Juristen des Prager Schulministeriums konnten den Privatunterricht nicht als ungesetzlich erklären; sie stützten ihre Entscheidung daher auf den formalen Grund der verspäteten Einreichung der Gesuche um Zulassung zum Privatunterricht. Vergeblich waren die energischen Vorstellungen des sudetendeutschen Abgeordneten Ing. Karmasin und der Vertreter der Hultschiner Eltern, die am 18. Februar 1936 den Schulminister Dr. Franke um Einstellung aller gegen die Eltern laufenden Verfahren, um die Errichtung von eigenen deutschen Schulen und um die Entsendung einer Kommission zur Prüfung der unhaltbaren Schulverhältnisse im Hultschiner Ländchen ersuchten. Vergeblich waren auch die am 5. März 1936 vom Stadtrat Dr. Kauer aus Hultschin dem Schulminister vorgetragenen Forderungen auf Belassung des häuslichen Privatunterrichtes bis zum Ende

des laufenden Schuljahres und auf Bewilligung der längst angesuchten deutschen Schulen in Hultschin, Krawarn, Beneschau und Bolatitz.

Das zweifelhafte Verdienst aber, die gesetzliche Unterdrückung des Privatunterrichtes herbeigeführt zu haben, hat der tschechische Abgeordnete Uhlir aus Mähr.-Ostrau. Die am 1. April 1936 in Kraft gesetzte „Lex Uhlir" verlangt die allgemeine Schulbesuchspflicht und macht die Erteilung des Privatunterrichtes von einer besonderen Bewilligung der Bezirksschulausschüsse abhängig. In den Uebergangsbestimmungen ist festgesetzt worden, daß für das laufende Schuljahr die Fälle des Privatunterrichts als amtlich bewilligt betrachtet werden sollten, die von den Schulbehörden zur Kenntnis genommen worden seien. Im kommenden Schuljahr aber sei in allen Fällen die Erledigung der Gesuche durch die Bezirksschulbehörden abzuwarten. Vor der Erledigung der Gesuche dürfe kein Kind Privatunterricht erhalten. Unter diesen Bedingungen mußten die schwer geprüften Hultschiner Eltern mit der vollständigen Unterdrückung des deutschen Privatunterrichtes. Um ihren Kindern aber doch noch das Recht auf die deutsche Schule zu sichern, hatte sich eine größere Anzahl von Hultschinern an das Statistische Landesamt in Prag mit dem Ersuchen gewandt, ihnen eine amtliche Bescheinigung über ihre deutsche Volkszugehörigkeit auf Grund der Volkszählung vom Jahre 1930 auszustellen. Das Statistische Landesamt hatte diese Gesuche bis zum Beginn des Monats Februar 1936 im allgemeinen fortlaufend erledigt. Darauf setzte diese Tätigkeit aus; die noch ohne Erledigung gebliebenen Antragsteller erhielten einen Bescheid zugestellt, in dem es unter anderem hieß, daß das Amt dem Ansuchen auf Bescheinigung der Volkszugehörigkeit nicht mehr entsprechen könne, weil es sich davon überzeugt habe, daß es sich hier um eine organisierte Aktion handle.

Ende Mai 1936 entstanden neue Schwierigkeiten für den Privatunterricht im Hultschiner Gebiet. Es wurde nämlich bekannt, daß die deutschen Privatschulkinder nicht mehr die Möglichkeit haben sollten, die übliche Jahresprüfung an den Troppauer deutschen Schulen abzulegen, die für die Erlangung eines Zeugnisses über den Erfolg des Unterrichtes erforderlich ist. Ebenso sollten die Privatschulkinder nicht an den Mittelschulen aufgenommen werden, weil sie angeblich keine ordnungsmäßige Schule besucht hätten und nicht im Besitz eines diesbezüglichen Zeugnisses seien. Am 10. Juni 1936 wurde die Interpellation der Sudetendeutsche Partei über den Schulkampf im Hultschiner Ländchen bekannt, die von den Abgeordneten Karmasin und Fischer eingebracht worden war, und in der der zähe Kampf der volksbewußten Eltern um die deutsche Erziehung ihrer Kinder und die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden geschildert wurden. Die Interpellation forderte deutsche Schulen in Orten, wo die Volkszählung einen entsprechenden deutschen Bevölkerungsteil festgestellt hatte, und wo die notwendige Schülerzahl vorhanden ist. Sie forderte die Einstellung der exekutiven Erhebung von Strafen und die gesetzlich normierte aufschiebende Wirkung von Exekutionen bei Berufungen und schließlich Weisungen an den Landesschulrat, daß die Privatschulkinder ihre Schlußprüfungen terminmäßig ablegen könnten. Es wurde eine ganze Reihe von Fällen angeführt, in denen den Hultschiner Eltern zwecks Beitreibung der verhängten Verwaltungsstrafen in rücksichtsloser Weise Vieh und Ackergeräte gepfändet worden waren! Es wurde auch darauf hingewiesen, daß in Köberwitz 40 Eltern teilweise bereits zum vierten Male mit je 200 Kc. bestraft worden waren! Am 4. Juli 1936 beantwortete der Ministerpräsident Dr. Hodza die Interpellation dahin, daß die vorgetragenen Beschwerden unbegründet seien!

Mit großer Sorge sahen die Hultschiner Eltern dem neuen Schuljahr entgegen, nachdem bekanntgeworden war, daß durch Erlaß des Landesschulrates in Brünn vom 20. Juni 1936 dem Stadtschulrat in Troppau ausdrücklich die Aufnahme von Kindern aus dem Hultschiner Gebiet verboten wurde. Für das neue Schuljahr 1936/37 reichten in den Schulbezirken Hultschin und Troppau die Eltern Gesuche ein, ihre Kinder von der Pflicht des Besuches einer öffentlichen tschechischen Schule zu befreien. Wiederum begründeten sie ihre Gesuche damit, daß sie deutscher Volkszugehörigkeit seien, daß sie ihre Kinder nur deutsch erzögen, daß daheim nur deutsch gesprochen würde, daß in ihrer Wohngemeinde keine deutschen Schulen vorhanden seien, und daß sie daher die Kinder privat unterrichten lassen müßten. Alle diese Gesuche wurden von den Bezirksschulausschüssen abgelehnt! Damit wurden über 1200 deutsche Kinder des Rechtes auf deutsche Schulerziehung

beraubt. Obwohl es sogar nach der Volkszählung von 1930 4 008 amtlich anerkannte Deutsche im Hultschiner Ländchen gibt, bewilligten die Bezirksbehörden nicht in einem einzigen Falle den Hausunterricht. Jetzt dürfen im Hultschiner Ländchen nur noch Kinder mit deutscher Staatsbürgerschaft oder solche, die nach einer Gemeinde im geschlossenen sudetendeutschen Sprachgebiet zuständig sind, deutsche Schulen in der Umgebung besuchen. Am 1. und 2. September 1936 wurden mehr als 200 Hultschiner Eltern abermals wegen der Aufnahme ihrer Kinder in die deutschen Schulen in Troppau vorstellig. In der Kanzlei mußte den Eltern, die sich in höchster Aufregung befanden und ihrer Empörung entsprechend Ausdruck gaben, eröffnet werden, daß der Ortsschulrat leider keinerlei Abänderungen der oberbehördlichen Weisungen treffen könne. Ende Oktober 1936 wurde bekannt, daß die von den Hultschiner Eltern gegen das Verbot des Privatunterrichts und gegen die Einschulung deutscher Kinder in die tschechischen Schulen eingebrachten Rekurse bis auf einen abschlägig beschieden wurden.

Im Kampfe um die deutsche Zukunft ihrer Kinder haben die Hultschiner Eltern in den letzten beiden Jahren einen schweren Leidensweg zurückgelegt. Trotz der erlittenen seelischen Qualen und trotz der von den tschechischen Behörden bereiteten Schwierigkeiten haben sie den Kampf um die deutsche Erziehung ihrer Kinder noch nicht aufgegeben. Mannhaft und tapfer halten sie aus und geben ein glänzendes Beispiel opferfreudigen Bekennermutes und unüberwindlichen völkischen Willens.

Ostland-Chronik

Polen — von Litauen her gesehen

Die Sprache, in der die litauische Presse seit einiger Zeit über die Polen schreibt, zeichnet sich durch einen ungewöhnlichen Reichtum an ebenso scharfen wie schmückenden Beiworten aus. Den Anlaß zu dieser Erregung hat die zweifellos recht unliebenswürdige Behandlung gegeben, die den im Wilnagebiet lebenden Litauern von Seiten der polnischen Behörden zuteil wird. In einem Artikel der Zeitschrift „Musu Vilnius" („Unser Wilna") ist von einem „Pogrom gegen die litauischen Organisationen im Wilnagebiet" die Rede. Dem Krakauer „Ilustrowany Kuryer Codzienny" wird sein „provokatorischer und kulturloser Ton" gegenüber Litauen zum Vorwurf gemacht und versichert, daß „seine aus der Müllgrube stammenden Parolen nur ganz gewissenlosen Menschen zu imponieren vermöchten". Die Litauer, so heißt es weiter, „empfänden Abscheu vor den blutigen polnischen Händen, die die litauischen Einwohner des Wilnagebietes würgten". In einem anderen Artikel desselben Blattes ist von Polen als dem „kulturlosen und ewigen Feinde" des litauischen Volkes die Rede und werden die polnischen Maßnahmen gegen die Litauer des Wilnagebietes als Provokationen bezeichnet, die dazu bestimmt sind, „das freie Litauen zu Rachemaßnahmen gegen seine polnische Minderheit zu verleiten", zu Maßnahmen, die von Polen Westeuropa gegenüber als Vorwand für seine „antilitauische Henkersarbeit" und für die Vorbereitung neuer „vollendeter Tatsachen" ausgenutzt werden könnten. Im übrigen bemühen sich die Verfasser dieser Artikel, mit betonter Geringschätzung über Polen zu sprechen: Die Gefechte bei Schirwindt und Giedraiciai hätten bewiesen, daß Litauen im Falle eines bewaffneten Kampfes gegen Polen ein Verhältnis 1 gegen 10 nicht zu fürchten brauche! Und es wird weiter versichert, daß es dem „Ehrbegriff und dem Freiheitsgefühl" des litauischen Volkes widerspreche, die polnische Unterdrückung der Litauer im Wilnagebiet mit der Unterdrückung der Polen in Litauen zu beantworten . . . Mit besonderer Abneigung pflegen die litauischen Zeitungen von dem verstorbenen Marschall Pilsudski zu sprechen, dem sie es nicht vergessen können, daß er trotz seiner „zu 75 % litauischen Abstammung" die Unterdrückung des litauischen Volkes zu einem Hochziel der polnischen Politik gemacht hat. Sie lieben es, von Pilsudski als von einem Renegaten zu sprechen. Darüber hinaus legen sie Wert

auf die Feststellung, daß „die meisten bedeutenden Persönlichkeiten der polnischen Geschichte litauischer Abstammung“ waren, daß Polen aber dieses wertvolle Blutgeschenk stets mit Undank und Gewalt vergolten habe. Auf die polnische Kultur, die ihnen (mit Verlaub zu sagen) als eine in der Hauptsache bei anderen Völkern zusammengeklaute Einrichtung erscheint, sehen die Litauer, wenn man ihrer Presse Glauben schenken will, mit ostentativem Mitleid herab. Man kann es verstehen, daß ein solches Verhalten geeignet ist, an den in diesen Dingen empfindlichen polnischen Nerven zu zerren.

„Dojcz lezen und szrajben“

Es ist bekannt, daß an den weitaus meisten öffentlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache in Polen nicht deutsche, sondern polnische Lehrer den Unterricht erteilen. Es gibt unter diesen mehreren hundert polnischen Pädagogen kaum einen, der es für seine Aufgabe hält, die ihm anvertrauten deutschen Kinder in einer das deutsche Volkstum nicht verletzenden Weise zu erziehen. Es ist im Gegenteil die Regel, daß diese Lehrer ganz systematisch darauf hinarbeiten, den Kindern das deutsche Volkstum lächerlich und verächtlich zu machen, daß sie die Kinder bewußt schlecht und falsch unterrichten. Ein bezeichnender Fall hat sich vor einiger Zeit z. B. im Kreise Neutomischel ereignet. Dort haben an einer öffentlichen Schule mit deutscher Unterrichtssprache die deutschen Kinder von ihrem polnischen Lehrer die Aufgabe erhalten, folgende Sätze zu schreiben: „Daz yst di bank“ („Das ist die Bank“) und „Wir lernen dojcz lezen und szrajben“ („Wir lernen deutsch lesen und schreiben“). Die Kinder, die den Lehrer darauf aufmerksam machten, daß die von ihm vorgeschriebenen Sätze eine ganze Anzahl Rechtschreibungsfehler enthalten, wurden von diesem ihrer „Widersetzlichkeit“ wegen beschimpft. Und selbst gegenüber dem Protest der über diese Verschandelung der deutschen Muttersprache erregten Eltern hielt der polnische Lehrer an seiner „Rechtschreibung“ fest und er drohte auch dann noch den Kindern, die es wagten, richtig deutsch zu schreiben, mit Strafe. Es ist nichts darüber bekannt geworden, daß die vorgesetzte Schulbehörde es für notwendig befunden hat, in diesem Falle nach dem Rechten zu sehen.

Abbruch deutscher Genossenschaftsspeicher

Im Laufe der letzten Jahre hat die Verwaltung der polnischen Staatsbahnen in einer ganzen Reihe von Fällen den deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften die auf fiskalischem Gelände gelegenen Speicherplätze gekündigt. Auf diese Weise haben bisher 14 deutsche Warengenossenschaften ihre auf Bahngelände erbauten Speicher abbrechen und auf benachbartem Privatgelände neu aufbauen müssen. Im letzten Geschäftsjahr wurden allein 6 Speicher von dieser Maßnahme betroffen, davon 5 in Posen-Stadt und einer in Netzthal. Es ist klar, daß dadurch dem deutschen Genossenschaftswesen erhebliche Kosten entstanden sind. Auffällig ist, daß alle Plätze, auf denen bisher Speicher deutscher Warengenossenschaften abgebrochen werden mußten, leer geblieben sind. Die geräumten Plätze wurden also offensichtlich gar nicht für andere Zwecke benötigt. Unter diesen Umständen muß man zu der Annahme gelangen, daß mit den Kündigungen nichts anderes als eine Schädigung der deutschen Genossenschaften bezweckt war.

Auf die „schwarze Liste“!

Schon in der Vorkriegszeit haben die Polen den Boykott zu einer Waffe ausgebildet, die sie scharf und rücksichtslos in ihrem Volkstumskampf angewandt haben, und zwar nicht nur gegen die Deutschen, sondern auch gegen die Angehörigen ihres eigenen Volkstums, die sich den Deutschen gegenüber nicht ablehnend genug verhielten. Der Boykott spielt in dieser doppelten Form spielt auch heute im Volkstumskampf der Polen wieder eine bedeutsame Rolle. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht eine im „Dzien Pomorski“ veröffentlichte Notiz, in der eine Frau Jakubowski in einem Dorfe bei Graudenz als Volksschädling angeprangert und dem polnischen Westverband „zur weiteren Veranlassung“ namhaft gemacht worden ist. Diese Frau hat sich des „Verbrechens“ schuldig gemacht, ihr 72 Morgen großes Grundstück an einen Deutschen namens Walter Schweinhaupt verkauft zu haben. Man könne es nicht zulassen, schreibt das polnische Blatt u. a., daß sich unter den Polen Menschen finden, die freiwillig ihr Land in fremde Hand übergehen lassen. Man müsse diese Menschen auf die „schwarze Liste“ setzen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß dieser Hinweis sowohl für die Ver-

käuferin wie für den Käufer des erwähnten Anwesens unerfreuliche Folgen haben wird. Die Verkäuferin wird den weitreichenden Arm des polnischen Westverbandes zu fühlen bekommen, und den Käufer wird der Verband mit Unterstützung seiner in den amtlichen Stellen sitzenden Gesinnungsfreunde aus seinem für 20 000 Zloty erworbenen Besitz wieder herauszubeißen versuchen.

Eine „Grabschändung"

Es kommt nur sehr selten vor, daß das Blatt des Wojewoden Grazynski, die „Polska Zachodnia", eine ihrer üblichen Falschmeldungen berichtigt. Und auch dann geschieht das nicht aus Liebe zur Wahrheit, sondern aus Gründen „höherer Gewalt". Wenn es aber einmal geschieht, dann eröffnet die Berichtigung einen für die Leser überaus interessanten, für die Schriftleitung jedoch äußerst peinlichen Einblick in die Methoden der Berichterstattung dieses Blattes. Das beweist z. B. folgender Fall: Die „Polska Zachodnia" hatte am 31. Oktober v. J. unter der Ueberschrift „Unerhörte Profanierung von Gräbern gefallener Aufständischer in Mikultschütz" einen Bericht veröffentlicht, demzufolge auf dem Friedhof in Klausberg (Westoberschlesien) die Gedenktafel von dem Gemeinschaftsgrab gefallener polnischer Aufständischer von unbekannten Tätern abgerissen und die Umrahmung des Grabes vernichtet worden sein sollte. Nach dem Bericht der „Polska Zachodnia" mußte beim Leser der Eindruck entstehen, daß hier polenfeindliche (soll heißen: deutsche) Elemente eine den Polen heilige Grabstätte geschändet haben. Aus einer vom deutschen Generalkonsulat in Kattowitz dem Wojewodenblatt zugegangenen Berichtigung, die dieses wohl oder übel veröffentlichen mußte, ging aber hervor, daß die angeblich abgerissene Gedenktafel auf Veranlassung des Bundes der Polen in Deutschland entfernt worden ist, weil die unleserlich gewordene Schrift erneuert werden soll.

Grazynski verspricht

Um die Jahreswende hatte der Leiter des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien, Dr. Ulitz, eine Unterredung mit dem Wojewoden Grazynski. Dieser nahm die von Dr. Ulitz vorgetragenen Beschwerden über die schlechte Behandlung der ostoberschlesischen Deutschen entgegen. Grazynski versprach, die Erledigung der Beschwerde, in der die Wiedereinstellung entlassener deutscher Arbeiter gefordert wird, zu unterstützen. Er versicherte, daß bei der Durchführung des staatlichen Winterhilfswerkes eine unterschiedliche Behandlung wegen des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum keinesfalls eintreten werde. Er erklärte, daß er wegen des staatlichen Winterhilfswerkes ein gesondertes deutsches Hilfswerk nicht genehmigen könne, daß jedoch keine Bedenken dagegen beständen, wenn die deutschen Organisationen innerhalb ihres Mitgliederkreises Sammlungen durchführen und deren Ertrag an ihre notleidenden Mitglieder verteilen. Er bemerkte ferner, daß ihm in der Rede auf der Tagung des Westverbandes, in der er davon gesprochen hatte, daß der Nationalisierung der Industrie nunmehr die Nationalisierung des Handels, des Handwerks und des Gewerbes folgen müsse, eine deutschfeindliche Absicht völlig fern gelegen habe...

Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

Anfang November war das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vorläufig bis zum 31. Dezember verlängert worden. In der Zwischenzeit sollte über verschiedene strittige Fragen, die sich bei der Durchführung des Abkommens eingestellt hatten, wie über die Angleichung der Kontingentliste an die praktischen Bedürfnisse und an die in Polen vorhandenen Absatzmöglichkeiten, verhandelt werden. Die Verhandlungen haben jedoch bis zum Jahresende zu keinem Ergebnis geführt. Daraufhin ist das Abkommen in unveränderter Form noch einmal um zwei Monate verlängert worden.

„Rota" mit Deutschem Gruß

Das Parlament der zweitgrößten Stadt Polens, Lodz, setzt sich seit den Wahlen vom Herbst v. J. aus 34 Marxisten, 23 Nationaldemokraten und 13 Juden zusammen. Der Regierungsblock ist im Lodzer Stadtparlament nicht vertreten. Vor kurzem hat dieses Gremium zu „arbeiten" begonnen. In einer der ersten Sitzungen gab der Sprecher der Nationaldemokraten eine Erklärung ab, in der er versicherte, daß das polnische Volk niemals auf seine Rechte in Danzig verzichten werde und daß der Versuch, die Freie Stadt wieder mit dem Deutschen Reiche zusammenzuschließen, für Polen ein Kriegsgrund sei. In einer der folgenden Sitzungen fand dann die Wahl des Stadtpräsidiums statt. Zum

Stadtpräsidenten wurde der marxistische Redakteur Warlicki aus Warschau gewählt; auf die Vizepräsidentenposten wurden gleichfalls Marxisten gesetzt. Die Schöffenposten wurden zwischen Marxisten und Nationaldemokraten nach dem Verhältnis 5 zu 3 verteilt. Bei dieser Gelegenheit sprach der sozialdemokratische Vertreter sein Bedauern darüber aus, daß der Genosse Zdziechowski nicht gewählt werden könne, weil er kürzlich wegen kommunistischer Umtriebe zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Die Sitzung endete damit, daß die Nationaldemokraten die deutschfeindliche „Rota" anstimmten, worauf die Marxisten die Internationale zu singen begannen. Darauf warfen sich die Stadtväter gegenseitig aus dem Saal. Bei diesem dramatischen Sitzungsschluß konnte man die erheiternde Feststellung machen, daß die Nationaldemokraten zu ihrem deutschfeindlichen Hetzgesang den Arm zum Deutschen Gruß erhoben.

Tschechische Erziehungsmethoden

Zwei Beispiele für viele, die die tschechischen Erziehungsmethoden gegenüber der deutschen Bevölkerung des Hultschiner Landes charakterisieren: In Schepankowitz wurde ein deutscher Schüler von seinem tschechischen Lehrer mit zwei kräftigen Ohrfeigen bestraft, weil er seinen Namen mit „sch", statt mit „s" geschrieben hatte. Außerdem wurde er mit vier Stunden Nachsitzen bestraft. An den Folgen der Mißhandlung erkrankte der Schüler. — Ein Schüler der Bürgerschule in Krawarn hatte am 6. November ein Heft zu Hause vergessen. Die sadistisch veranlagte tschechische Lehrerin ließ den Jungen zur Strafe eine Stunde lang mit erhobenen Armen am Fußboden knien. Da der durch eine längere Grippeerkrankung geschwächte Schüler den Befehl seiner Lehrerin nicht auszuführen imstande war, wurde er obendrein noch mit dem Lineal verprügelt. Auf diese Weise glauben die in das deutsche Hultschiner Land importierten tschechischen Erzieher die deutschen Kinder von der „Ueberlegenheit" der tschechischen Kultur überzeugen zu können.

Genosse Karski verläßt Kauen

Nachdem vor einiger Zeit bereits mehrere hohe Posten in der sowjetischen Gesandtschaft in Kauen umbesetzt worden sind, ist nunmehr auch der rote Gesandte bei der litauischen Regierung, Genosse Karski, abberufen worden. Karski, unter dessen bestimmendem Einfluß seiner Zeit die schweren Urteile gegen die Memelländer im Kauener Kriegsgerichtsprozeß gefällt worden sind, soll zum Leiter der Westabteilung des Moskauer Außenkommissariates ausersehen sein. Zu seinem Nachfolger in Kauen ist der bisherige Erste Sekretär der sowjetischen Gesandtschaft in Warschau, Genosse Podolski, ernannt worden.

Luftsperrgebiet in der Mittleren Ostmark

Das östlich der Oder gelegene Gebiet der Mittleren Ostmark ist bis auf weiteres für Luftfahrzeuge gesperrt. Das Sperrgebiet wird im Süden begrenzt durch die Oder zwischen Crossen und Tschicherzig, im Osten durch die Linie Tschicherzig-Züllichau-Brätz-Prittisch-Warthe, im Norden durch den Warthelauf zwischen Guschterholländer und Landsberg, im Westen durch die Linie Landsberg-Zielenzig-Sternberg-Crossen. Die auf der Strecke Berlin-Posen verkehrenden Flugzeuge haben das Sperrgebiet entweder nördlich der Warthe oder südlich der Oder zu umfliegen. Die Sperre gilt nicht für Flugzeuge der deutschen Luftwaffe. Zuwiderhandlungen werden nach den geltenden Bestimmungen des Luftverkehrsgesetzes bestraft, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.

Deutsches Kloster — Isolierungslager

Bereza Kartuska ist ein im polesischen Kreise Pruschany gelegenes Städtchen. Heute ist es als Isolierungslager bekannt, in das die polnische Regierung die ihr politisch unbequemen Elemente verschickt. Es ist nicht uninteressant zu hören, daß Bereza Kartuska einmal der Sitz eines deutschen Klosters gewesen ist. Im Jahre 1648 gründete der Vizekanzler des Großfürstentums Litauen, Fürst Lew Sapieha, dort ein Karthäuserkloster, das er mit 50 deutschen Ordensbrüdern aus Trier besetzte. Das Kloster verfiel seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts und wurde endgültig im Jahre 1832 von der russischen Regierung liquidiert. Einige verfallene Mauern und Türme des alten Klosters sind noch heute in Bereza Kartuska vorhanden. Die zum ehemaligen Kloster gehörenden Güter sind vor kurzem den Palotinern zur Verfügung gestellt worden, die dort eine Mittelschule und eine Handwerkerschule errichten wollen.

Bücher über den Osten

Sudetendeutschtum in Kampf und Not. Ein Bildbericht. Herausgegeben von Karl Hermann Frank. Bärenreiter-Verlag, Kassel-Wilhelmshöhe 1936. 144 Seiten. Preis Ganzleinen 3,50 RM. — In diesem hervorragend ausgestatteten Buch hat der Bärenreiter-Verlag das große Bildwerk des sudetendeutschen Schicksals geschaffen. Es gliedert sich in drei Teile: das Land, die Not und der Kampf um innere Einheit und um Selbstbehauptung. Wen Zahlen und Worte, die vom Schicksal der Sudeten- und Karpatendeutschen berichten, noch nicht zu überzeugen vermochten, daß es im tschecho-slowakischen Staat um die nackte Existenz von 3,5 Millionen deutschen Volksgenossen geht, zu dem sprechen die Bilder dieses Buches eine erschütternde Sprache. Berge und Wälder, fruchtbares Land, ein Land, reich an einzigartiger Schönheit und Schöpfungen deutscher Art — das ist Sudetendeutschland. Verödete Werkstätten, zerfallende Fabriken, überfüllte Mietskasernen, Notwohnungen und hungernde Kinder — das ist das Bild der sudetendeutschen Notstandsgebiete. Aufrufe, Massenaufmärsche, Riesenversammlungen und Saalschlachten gegen Marxisten — das ist der Aufbruch zu völkischer Einheit unter der Fahne der Sudetendeutschen Partei. Marschierende Jugend, Arbeitslager und Volkshilfe — das sind die ersten Zeugen des neuen deutschen Lebenswillen, der mit den Gewaltmethoden des tschechischen Staates den Kampf um das deutsche Recht auf uralter Heimaterde aufzunehmen bereit ist. Die Not in ihrer krassesten Gestalt, der Hunger, hat die Sudetendeutschen wieder aus der Wirrnis der Parteien zusammengeführt. Davon berichtet das Buch. Es ist für die Deutschen im Reiche bestimmt, die endlich begreifen müssen, daß dort um gesamtdeutsches Schicksal gekämpft wird. Zugleich ist das Buch eine vernichtende Anklage gegen den Staat der Tschechen, der nicht Willens und in der Lage ist, die ihm ausgelieferten Deutschen vor dem Hungertode zu schützen, dessen demokratische Minderheitenpolitik nur noch zu vergleichen ist mit den Methoden der bolschewistischen Massenvernichtung. Den einzelnen Teilen des Buches sind knappe einführende Texte vorangestellt, die die Geschichte des Sudetendeutschtums, den wirtschaftlichen Zerfall der sudetendeutschen Gebiete und die Entwicklung der Sudetendeutschen Partei behandeln. Kartenskizzen und graphische Darstellungen, Verse sudetendeutscher Dichter und Auszüge aus den Reden Konrad Henleins sind eingestreut. Das Buch verdient im In- und Ausland verbreitet zu werden. Dr. K.

Altpreußische Biographie. Herausgegeben im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von Christian Krollmann. 1. Lieferung. Gräfe und Unzer Verlag, Königsberg Pr. 1936. — Der bekannte Königsberger Verlag, der auf dem Gebiete der ostpreußischen Heimatliteratur die unbestrittene Führung besitzt, hat mit der ersten Lieferung dieser Biographie eine neue verdienstvolle Arbeit in Angriff genommen. Die Biographie, die jährlich in 4 bis 6 Lieferungen zu je 32 Seiten erscheinen wird, wird im ganzen etwa 5 000 verstorbene Personen aus Ost- und Westpreußen umfassen, und zwar nicht nur die dort gebürtigen Personen, sondern auch alle, die sich durch ihre dortige Tätigkeit hervorgetan haben. Von jeder Person wird von einem besonderen Sachkenner ein kurzer Lebensabriß gegeben, dem die notwendigen Quellennachweise hinzugefügt sind. Die erste Lieferung reicht von Abbegg bis Bartsch; sie umfaßt 180 Namen. Die Biographie wird allen, die sich mit ostpreußischer Geschichte befassen, ein unentbehrlicher Helfer sein. Dr. K.

Mensch auf dem Amboß. Chronik aus dem Lehrjahr einer Jugend. Von Stefan Sturm. Wilh. Gottl. Korn Verlag, Breslau 1936. 391 Seiten. Preis brosch. 4,20 *RM*, Ganzl. 5,50 *RM*. — Was Stefan Sturm hier unternimmt, ist in den letzten Jahren von vielen versucht worden: das Werden einer neuen Gemeinschaft seelisch zu erfassen und dichterisch zu gestalten. Nur wenige dieser Versuche sind bisher einigermaßen geglückt. Die meisten gehören der seichten Konjunkturschreiberei an, deren bedauerliche Produkte man am besten möglichst schnell wieder vergißt. Die „Chronik" Sturms wird man zu den gelungeren Versuchen rechnen können. Eine bunt zusammengewürfelte Schar, von der bisher keiner den andern gekannt hat, wird im Arbeitsdienstlager zu einem Trupp zusammengestellt. Wie sich aus diesen Malern, Gärtnern, Abiturienten und Studenten, Fabrikarbeitern, Bauernjungen, Musikern und Elektrotechnikern im Laufe der Wochen und Monate ein neues Ganzes bildet, das mehr ist als bloß die Summe der Einzelnen, wie Verbissenheit, Furcht, Trotz und Lebensfremdheit, Eigenbrötelei und Selbstsucht vor der Härte des gleichen Dienstes und vor der Mühe der gleichen Arbeit zerfallen, dieses vielartige seelische Geschehen hat Sturm zu schildern versucht, das Wachsen einer Kameradschaft, das Werden einer Gemeinschaft: „Gemeinschaft, das bedeutet aber nicht Vernichtung des eigenen Wesens, sondern sinnvolle Steigerung und Vollendung desselben." Die Arbeit im Wald und der Bau der neuen Straße bilden nur den äußeren Rahmen dieses Geschehens, das sich auf dem landschaftlichen Hintergrund des Riesengebirges abspielt. Mitunter wird man sagen können, daß in den Unterhaltungen der Arbeitsdienstmänner zwar nicht dem Sinne, aber der Art des Vortrages nach eine ein wenig zu gehobene Sprache angewandt oder daß die Gestaltung eines seelischen Vorganges zu unvermittelt dargestellt, zu wenig aus der Tiefe heraus entwickelt worden ist. Dann aber sind wieder Szenen voll packender Lebendigkeit dabei, deren Schwung blassere und gemacht aussehende Stellen überbrückt. Dr. K.

Aufbau und Entwicklung des ostdeutschen Volksraumes. Von Dr. Hans Joachim Beyer. Danziger Verlags-Gesellschaft mbH. (Paul Rosenberg), Danzig 1935. 124 Seiten. — Was diese Arbeit lesenswert macht, ist zweierlei. Erstens wird hier, was sonst fast nirgends oder nur in unzureichendem Maße der Fall zu sein pflegt, der gesamte Osten in seiner ganzen Breite von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere und in seiner ganzen Tiefe von den Ausgangsstellungen der deutschen Ostbewegung bis zu der von Narwa, Podolisch-Kamenz und Kronstadt bezeichneten Linie als ein Raum betrachtet, der in seiner Bedeutung für die deutsche Volksgeschichte eine Einheit darstellt. Und zweitens wird die Arbeit durch eine Großzügigkeit der Darstellung und eine Kühnheit der Gedankenführung gekennzeichnet die im Leser einen lebendigen Widerhall der erregenden Größe geschichtlichen Geschehens weckt. Staatliche, soziale und kulturelle, wirtschaftliche und völkische Probleme, die in der Entwicklung des ostdeutschen Volksraumes wirksam gewesen sind, werden in großen Linien zu einem einprägsamen Gesamtbild zusammengefügt, das an Wert dadurch nur wenig verliert, daß hin und wieder mehr oder weniger wichtige Einzelheiten mit einer Unbedingtheit dargestellt werden, die der kritischen Vorsicht nicht ganz angebracht erscheinen mag. Dr. K.

Polen — UdSSR. Volk und Reich (Heft 11), Berlin 1936. 79 Seiten. Preis 1,50 RM. — Eine längere Arbeit des bekannten polnischen Publizisten Wladyslaw Studnicki über die Entwicklung der polnisch-russischen Beziehungen seit dem Zusammenbruch des Zarenreiches, der eine ganze Reihe, in Deutschland noch wenig bekannter Einzelheiten zu diesem Thema mitteilt, hat diesem Heft den Titel gegeben. In einem interessanten Artikel berichtet Karl Wächter über die Versuche des Bolschewismus, Eingang in Südslawien zu finden, wobei er sich gewisser intellektueller Salons, der ideologischen Anfälligkeit der Mittelschüler, der sozialen Not der Arbeiterschaft und der separatistischen Neigungen der Montenegriner bedient. Karl von Kleczkowski schreibt über den Kommunismus in Rumänien, der zwar über keine bedeutenden Organisationen verfügt, aber doch vor allem in den breiten Massen Beßarabiens und der Bukowina stark an Boden gewonnen hat, durch die sowjetfreundliche Politik des ehemaligen Außenministers Titulescu in seiner Wühlarbeit gefördert worden ist und in rumänischen Judentum einen sehr aktiven und gewandten Verfechter seiner Ideen besitzt. Eine für verschiedene europäische Staaten (Belgien, Frankreich, Spanien, die Tschechoslowakei und Polen) bedeutsame Frage untersucht Marc Markwart in seinem Artikel über die Beziehungen der staatenlosen Völker zum Bolschewismus (Vlamen, Bretonen, Basken, Katalanen, Ukrainer). In der einleitenden Betrachtung des Heftes behandelt Grazian Theorie und Funktion der „Volksfront" als ein Mittel der Bolschewisierung der demokratischen Länder. Weitere Arbeiten befassen sich mit dem Kommunismus in Schweden und der besonderen Taktik der Komintern in Bulgarien. Die Bildbeilagen des Heftes berichtet in drei Gruppen über die westoberschlesische Industrie, die Not in Sudetendeutschland und die großen Oktoberveranstaltungen der NSDAP. Dr. K.

Mächte im Mittelmeer. Volk und Reich (Heft 12), Berlin 1936. 76 Seiten. Preis 1,50 RM. — Die wesentlichen Aufsätze dieses Heftes sind den aktuellen Problemen des Mittelmeerraumes gewidmet. Walter Vogel untersucht, unterstützt von mehreren Kartenskizzen, die Wirksamkeit der geopolitischen Kräfte dises Raumes im Lauf der Geschichte. Hans-Heinrich Welchert stellt den Einbau des Mittelmeeres in das politisch-militärische Gerüst des britischen Weltreiches dar, wobei er den durch den ostafrikanischen Krieg entstandenen Spannungen die hauptsächlichste Beachtung schenkt. Die italienische Mittelmeerpolitik wird in einem Aufsatz von Severus geschildert. Ergänzend tritt eine Arbeit von Karl C. von Loesch hinzu, der das Eindringen der faschistischen Machtpolitik in den Donauraum darstellt. Einen wertvollen Einblick in die volks- und staatspolitischen Probleme der Schweiz gibt Franz Pauser in einer längeren Arbeit über die schweizerische Erneuerungsbewegung, die er abschließend mit den Erneuerungsbewegungen in Belgien und Holland und in den nordischen Ländern vergleicht. Der leichtfertigen These, daß die Volksgrenzen des Deutschtums im Westen feststehen, tritt W. Weißgrabe mit einem Bericht über die Französierung der Deutschen im altbelgischen Bezirk Arel entgegen. Ueber die fortschreitende Entvölkerung der französischen Alpen handelt ein weiterer Beitrag. Heinz Mollwo befaßt sich mit der Unabhängigkeitsbewegung auf den Faröern. Schließlich sind die antisemitischen Organisationen Rumäniens Gegenstand einer kritischen Betrachtung. Die Beiträge zur Mittelmeerpolitik werden durch zahlreiche Bildbeilagen ergänzt. Ein weiterer Bildbericht beschäftigt sich mit der Befreiung der deutschen Ströme von den Fesseln des Versailler Diktats im November v. J.

Dr. K.

Neue Ostmarkenlieder. Unter diesem Titel sind vier Lieder von Fr. K. Kriebel, Bruno Schulz, Erich Arlt und Georg Kiesler in der Vertonung (für zwei Stimmen) von Artur Ewert erschienen; sie sind der ostmärkischen Heimat gewidmet. (Im Selbstverlag von Artur Ewert, Treuenbrietzen. Preis 0,15 RM.) — Eine andere Liederreihe von Fr. K. Kriebel, Heinrich Anacker, Fr. E. Petukat, Rudolf Gärtner, Heinrich Lersch und Herybert Menzel wurde von Rudolf Göllner vertont, z. T. für Männerchor, gemischten Chor und Posaunenquartett. (Im Selbstverlag von R. Göllner, Frankfurt/Oder.) — Die Lieder sind für die Ausgestaltung ostmärkischer Kundgebungen geeignet.

Besucht den deutschen Osten!

Die Sudetenstraße. Vor etwa zwei Jahren wurde der Entschluß gefaßt, eine schlesische Gebirgsstraße zu schaffen, die vom Isergebirge über das Riesen-, Waldenburger- und Eulengebirge und weiter über den Glatzer Kessel bis zur Bischofskoppe im Altvatergebirge führt. Dieser Straßenzug soll nicht nur den vielen, noch abseits liegenden Ortschaften einen wirtschaftlich vorteilhaften Anschluß an das große Straßennetz geben, sondern vor allem für den im Kraftwagen reisenden Fremden die Naturschönheiten der schlesischen Gebirgswelt erschließen. Während die zur Zeit vorhandenen Straßen nur selten über eine Höhe von 700 Meter hinaufstiegen, soll die Sudetenstraße vor allem die größeren Höhenlagen von 700 bis 1 100 Meter aufsuchen, die landschaftlich schönsten und die wirtschaftlich und kulturell wertvollen Punkte berühren. Das Landschaftsbild soll möglichst wenig durch größere Kunstbauten, wie Dammschüttungen, Talbrücken usw. beeinträchtigt werden. Zum großen Teil können vorhandene Straßen, gegebenenfalls mit den notwendigen Erweiterungen, in den Zug der Sudetenstraße eingeschaltet werden. Zum Teil aber sind auch neue Straßen zu bauen, so von Flinsberg nach Schreiberhau, von Brandbaude nach Seitendorf im Kreise Habelschwerdt und von Dorfbach nach Wüstewaltersdorf im Kreise Waldenburg. Im Oktober 1935 wurde mit der Ausarbeitung der Baupläne begonnen. Die Finanzierung konnte mit Hilfe der Provinz und des Reiches sichergestellt werden. Die Bauarbeiten begannen im Frühjahr 1936.

Erneuerungsarbeiten im Schloß zu Königsberg. Im Rahmen der Erneuerungsarbeiten, die schon seit längerer Zeit in dem alten Königsberger Krönungsschloß durchgeführt werden, ist jetzt auch die Wiederherstellung des Fest- und Speisesaals in Angriff genommen worden. Der Raum erhält wieder das Aussehen, das er 1701 gehabt hat, als Kurfürst Friedrich III. in Königsberg zum ersten König von Preußen gekrönt wurde. Die später eingesetzten Spiegelglasfenster werden durch die früheren Fensterflügel mit Quersprosseneinteilung ersetzt. Die Deckengemälde werden gereinigt und die zum Teil sehr kunstvolle Ahornfaserung der Deckentäfelung zu besserer Geltung gebracht. Vor allem wird der Parkettfußboden, der im vorigen Jahrhundert aus Gründen der Wohnlichkeit gelegt wurde, durch einen Belag von weißen und roten Fliesen ersetzt, wie er noch vor 200 Jahren vorhanden war. Auch in dem Fahnenzimmer wird gearbeitet. Hier stellt man u. a. die alte Ledertapete wieder her, die unter dem späteren Wandbezug erhalten geblieben ist.

Wintersport in Ostpreußen. Um den Winterbesuch im ostpreußischen Samland zu fördern, wird in diesem Winter wieder eine Reihe größerer Veranstaltungen durchgeführt, darunter das Eisfest in Fischhausen, die Eissegelregatta auf dem Kurischen Haff und ein Skisportfest auf dem Galtgraben. Von Sarkau aus sollen auch Pferdeschlittenfahrten über die Kurische Nehrung unternommen werden.

Marienburg. Das Hauptschloß des Deutschen Ritterordens, die Marienburg, soll zu einer Schulungsburg der NSDAP. ausgebaut werden. Das Schloß selbst soll dabei keine bauliche Veränderungen erfahren. Vielmehr soll die neue Ordensburg neben dem Schloß des Ritterordens entstehen. Auf der Marienburger Schulungsburg werden nur die besten Ordensjunker aus dem ganzen Reich zusammengezogen werden, um dort, an einem der bedeutungsvollsten Plätze der deutschen Geschichte, ihre letzte Ausbildung zu erhalten. Marienburg wird in nächster Zeit noch mehrere andere Bauten der Bewegung erhalten. Inmitten der Stadt wird ein Haus der Partei entstehen, das einen großen, mehrere tausend Menschen fassenden Saal erhalten soll. Außerdem wird eine neue Jugendherberge gebaut werden. Der Marktplatz mit seinen berühmten Laubengängen wird sein ursprüngliches Aussehen durch die Beseitigung der neuzeitlichen Zubauten wieder erhalten. Endlich werden der Marienburger Hauptbahnhof umgebaut und ein neues Finanzamtsgebäude errichtet werden.

Marienwerder. Während Marienburg eine Schulungsburg der NSDAP. erhalten wird, wird im Ordensschloß Marienwerder, das vom Steilhang des Weichseltales weit über die Stromniederung blickt, eine Führerschule der Hitlerjugend erstehen. Die Anlagen sollen in der Hauptsache innerhalb der Mauern des alten Schlosses untergebracht werden.

Die Masurenstadt Lötzen, die seit der Machtergreifung und nicht zuletzt durch den gesteigerten Fremdenverkehr einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, beabsichtigt, auf dem Marktplatz ein neues Rathaus zu bauen, dessen Turm ein neues Wahrzeichen Lötzens werden soll. Das alte Rathaus brannte vor dem Kriege ab und konnte seitdem nicht wiedererrichtet werden.

Ostseebad Kahlberg. Das Reich hat die Absicht, zwischen der Zedlermole in Kahlberg und dem „Kamel", der höchsten Erhebung der Frischen Nehrung, 180 Morgen Land aufzuschlicken. Der Schlick soll von Elbinger Saugbaggern im Haff gewonnen und bei Kahlberg angespült werden. Man hofft, mit dieser Maßnahme die künftige Milch- und Gemüseversorgung Kahlbergs im Winter zu fördern.

Reichsautobahn. Zwischen Königsberg Pr. und Braunsberg hat die Deutsche Reichsbahn jetzt einen Schnellomnibus-Verkehr über die Reichsautobahn eingerichtet. Die rund 75 Kilometer lange Strecke wird täglich zweimal in beiden Richtungen befahren. In Braunsberg besteht Anschluß an die ankommenden und abgehenden Schnellzüge.